

**Tariferhöhung****Im Flextax-Verbund werden die Billette erneut teurer**

Um durchschnittlich 4,4 Prozent steigen die Ticketpreise im Tarifverbund Flex-tax ab dem nächsten Fahrplanwechsel im Dezember an. Das teilte gestern der Kanton Schaffhausen mit. Die Gründe für die Tariferhöhung seien die Umsetzung der nationalen Tariferhöhung, wegfallende kantonale Tarifverbilligungen sowie das Bestreben, schweizweit für vergleichbare Angebote vergleichbare Tarife einzuführen, schreibt das Baudepartement. Die nationale Preiserhöhung beträgt dabei drei Prozent. Daneben bestehe im Kanton aber zusätzlicher Handlungsbedarf bei den Billettpreisen: Dies, weil die Bevölkerung 2014 die Wiedereinführung der 2012 abgeschafften Tarifverbilligungen im Flex-tax abgelehnt habe. «Die dadurch entstandenen Erlösausfälle müssen nun Schritt für Schritt kompensiert werden», schreibt der Kanton. Über die letzten Jahrzehnte hätten die Preise im Flex-tax-Tarifverbund unterdurchschnittlich tief gehalten werden können, da die Tarife in dieser Zeit stark verbilligt worden seien. Allerdings sei das Angebot über die letzten Jahre stark ausgebaut worden und gehöre, so der Kanton, zu den besten schweizweit.

Bund und Kantone hätten dafür zu sorgen, dass die Tarife für gleichwertige Verkehrsangebote im ganzen Land ungefähr gleich seien. Aus diesen Gründen betrage die durchschnittliche Tariferhöhung im Flex-tax-Verbund im Dezember 2016 insgesamt 4,4 Prozent.

**Sonderrabatte werden gestrichen**

Nicht alle Ticketkategorien werden dabei gleich stark verteuert. Bei den Einzelbilletten sei der Nachholbedarf im Sinne der angestrebten Harmonisierung kleiner. Diese stiegen deshalb nur um die nationale Erhöhung von drei Prozent an. Anders sehe es bei den Mehrfahrtenkarten und den Abonnements aus. Deren Tarife seien heute im Vergleich zu anderen Verbänden eher tief. Aus diesem Grund fielen hier die Aufschläge auch höher aus, wobei die Preiserhöhung auf Stadtgebiet niedriger ausfallen werde als im Rest des Kantons. Wegfallen sollen auch Sonderrabatte für Junioren und Senioren. Die meisten Verbände haben diese bereits gestrichen. Schrittweise werden sie nun auch im Flex-tax bereinigt, um auch hier die Preisstrukturen mit anderen Verbänden zu harmonisieren. (psc)



Die beiden neuen Schaffhauser Stadtratsbewerber Katrin Bernath (GLP) und Diego Faccani (FDP) diskutieren per E-Mail über aktuelle Themen: Zuerst geht es um die Energieproduktion der Zukunft.

**Katrin Bernath (...)**

Lieber Diego. Ich freue mich auf unsere Debatten und steige ins erste Thema mit zwei Fakten ein: 1) Aus der Stadt Schaffhausen fliessen jährlich rund 90 Millionen Franken für fossile Energie ins Ausland. 2) Keine private Versicherung ist bereit, die Schäden eines AKW-Unfalls zu versichern. Dies sind nur zwei Beispiele, warum erneuerbare Energien auch aus wirtschaftlicher Sicht viele Vorteile haben. Deshalb braucht es konkrete Projekte und Investitionen in unserer Region. Die Stadt braucht aber auch klare Ziele und ein Konzept, das aufzeigt, mit welchen Massnahmen wir diese energiepolitischen Ziele erreichen können. Was würdest du zur Umsetzung eines städtischen Energiekonzepts beitragen? [03.07.2016 | 09:30](#)

**Diego Faccani (...)**

Hoi Katrin. Für die grossen Herausforderungen in der Energiepolitik braucht es keinen «Masterplan», sondern flexible Strukturen, die den Einsatz der jeweils besten Technologien ermöglichen. Wir können es uns auch nicht leisten, in nicht erprobte Systeme zu investieren. Das Beispiel «Biorender» hat das deutlich aufgezeigt. Mit dem im Jahre 2012 genehmigten 25-Millionen-Rahmenkredit werden schrittweise Investitionen in erneuerbare Energien getätigt. Ziel: den Anteil an erneuerbaren Energien beim Schaffhauser Strom auf 90 Prozent zu erhöhen. Konkrete Projekte und richtige Investitionen sind entscheidend. Es nützt der Stadt Schaffhausen zudem nichts, wenn wir für uns alleine ein Energiekonzept erarbeiten und Ziele definieren. Wir sind keine Insel in der Energiewende. [03.07.2016 | 15:47](#)

**E-Mail-Kontroverse (1) Wie weiter mit der Energiewende?****«Konkrete Projekte und richtige Investitionen sind entscheidend»**

Die Firma Biorender in Münchwilen TG ging 2014 in Konkurs. Die Nachfolgefirma Bima Energie AG rechnet 2016 mit schwarzen Zahlen. Bild Ullrich Schweizer

**Katrin Bernath (...)**

Hoi Diego. Ich bin mit dir einverstanden, dass wir keine Insel sein dürfen und Investitionen in erneuerbare Energien wichtig sind. Fehler wie bei der Biorender-Anlage müssen vermieden werden. Hast du übrigens gewusst, dass die Anlage nach den Abschreibern der Städte von Investoren übernommen wurde, die nun mit schwarzen Zahlen rechnen? Zurück zur «Insel Schaffhausen» mit Schlagzeilen zu aktuellen Entwicklungen: «Investitionen in Erneuerbare weltweit auf Rekordniveau» – «Investoren verabschieden sich von fossilen Energieträgern» – «Axpo startet Projekt zum



Diego Faccani (FDP) ist Schuhmachermeister und selbständiger Unternehmer. Seit 2013 politisiert er im Schaffhauser Stadtparlament.

Rückbau von Beznau». Wir sollten uns also auch schrittweise auf eine Energieversorgung ohne AKW und Erdöl vorbereiten. Wie siehst du das? [03.07.2016 | 17:11](#)

**Diego Faccani (...)**

Guten Morgen, Katrin. Ja, über die Entwicklung in der Sache «Biorender» weiss ich Bescheid. Das ist ja auch kein Problem, denn die Investoren haben die Anlage für nur 5 Millionen übernommen und müssen die Investitionen von über 30 Millionen nicht mehr amortisieren. Im Übrigen wurde auch der Rohwarenmix geändert, und sie sind von der ausschliesslichen Fleischvergärung weggekommen, damit die Anlage überhaupt zum Laufen kam. Aber dass die Investoren das Mass sein sollen, sehe ich nicht. Wie war es, als die Subventionen zur Produktion von Fotovoltaik zusammengestrichen wurden? Reihenweise schlossen Produktionsstätten, und die Heuschrecken zogen weiter! Für die schrittweise Umstellung braucht es eine nationale Lösung. Das kann nun wirklich nicht nur auf lokaler Ebene passieren. [04.07.2016 | 11:15](#)

**Katrin Bernath (...)**

Lieber Diego. Deine Aussage, es brauche «eine nationale Lösung», erstaunt mich aus zwei Gründen. Erstens gibt es für unsere zukünftige Energieversorgung nicht «eine Lösung». Es geht um viele verschiedene Ansätze, wie wir zukünftig Strom produzieren, unsere Gebäude heizen und mobil sein können, ohne die Umwelt und die zukünftigen Generationen zu belasten. Zweitens haben die Kantone und Gemeinden in unserem föderalistischen System weitgehende Kompetenzen und auch Verantwortung. Deshalb warte ich nicht auf «eine nationale Lösung» und setze mich für klare Ziele und Massnahmen auch auf städtischer Ebene ein. [05.07.2016 | 21:54](#)

**Diego Faccani (...)**

Guten Morgen, Katrin. Klar gibt es nicht nur eine Lösung. Im Übrigen sind wir wieder bei der «Insel» angelangt. Bei der zukünftig angestrebten CO<sub>2</sub>-neutralen Energieversorgung muss ja vor allem die von den AKW gelieferte Bandenergie ersetzt werden. Eine gesicherte Versorgung ist unumgänglich, damit sich der Schweizer Werkplatz weiterhin entwickeln kann und die Arbeitsplätze auch für künftige Generationen gesichert sind. Unsere Stadt hat sich schon länger ein Energiekonzept gegeben, welches klare Ziele und Massnahmen vorgibt. Wir sind Energiestadt! Gefordert ist aber auch jede und jeder Einzelne und soll nach seinen Möglichkeiten dazu beitragen, dass der ökologische Fussabdruck kleiner wird. [08.07.2016 | 10:17](#)



Katrin Bernath (GLP) ist Bereichsleiterin Umwelt- und Gesundheitsschutz bei der Stadt Winterthur. Sie ist seit 2010 im Grossen Stadtrat.

**Feurer meint ...****Liberté, Égalité und Fraternité auf dem Prüfstand**

Die einen frohlockten, die anderen ärgerten sich, und Europas Wirtschaft geht baden. Zur Freude besteht aber nach dem britischen «No» zur Europäischen Union weder bei uns noch in der EU allzu viel Grund. Und der laute Ärger der Verlierer täuscht nur wenig darüber hinweg, dass sie, wie viele Eurozentristen, den Kontakt zu ihren Bürgerinnen und Bürgern verloren haben. Doch dazu später mehr. Der Brexit ist bis heute ein mediales Grossereignis, und alle Experten der Welt hatten vor, während und nach dem Entscheid wieder einmal Hochkonjunktur. Hochkonjunktur hatte aber auch der Konjunktiv. Es durfte nämlich spekuliert und interpretiert werden, was das Zeug hielt, während vor allem in den südlichen EU-Ländern eine halbe junge Generation schon heute ohne Arbeit und Perspektiven ist. Das macht schmerzhaft klar, dass die EU weder Gleichheit noch Brüderlichkeit bietet, ohne die aber jede Freiheit einsam ist.

Ja, es gab am 24. Juni ein heftiges Erwachen, und man kann nur hoffen, dass die Wachheit anhält und sich der Koloss zu Reformen durchringen



Thomas Feurer

kann. Diese müssen allerdings mehr sein, als ein besseres Erklären des Systems und der politischen Absichten, die Angela Merkel und François Hollande forcieren wollen. Sie müssen auch mehr beinhalten als ökonomische und finanzielle Aspekte, denn diese bestimmen zwar die Börsenlage, aber noch lange nicht das Vertrauen und das Glück der Menschen. Meine eigene Erfahrung mit der EU war zwar von einem positiven Eifer gekennzeichnet, der auch grenzüberschreitende Projekte grosszügig mit Geld versorgte. Gleichzeitig waren die Entscheidungsträger aber inhaltlich und geografisch so weit weg, dass sie fast wie von einem anderen Stern wirkten. Als sich zum Beispiel in

Kreuzlingen ein grosses Integrationsprojekt aus deutschen, schweizerischen und österreichischen Städten zusammenfand, haben die beteiligten Gruppen aus diesen Kommunen richtig gute und erprobte Schulmodelle vorgestellt. Finanziert wurde dieses Projekt vor allem mit EU-Geldern, und der zuständige Kommissär hatte an diesem Anlass natürlich auch seinen Auftritt. Was dieser Herr aus Österreich, der offensichtlich im Alter noch einen gut bezahlten Karriereschritt in Brüssel machen durfte, zu uns sagte, war dermassen abgehoben und sachfremd, dass sich viele fragten, ob sich dieser Schirmherr mit EU-Limousine nicht in der Veranstaltung geirrt habe. Ich werde diesen bizarren Vortrag jedenfalls nie mehr vergessen, und mir wurde schlagartig klar, dass diese Fernsteuerung eines ganzen Kontinents aus einer Zentrale niemals funktionieren kann. Dabei waren in diesem Fall ausschliesslich deutschsprachige Länder beteiligt, und die Anforderungen waren einigermassen vergleichbar.

Wie aber sollen komplexe Probleme von Lappland bis nach Sizilien

und von Portugal bis nach Rumänien einheitlich gelöst werden, wenn die Sprache, die Kultur und die wirtschaftlichen Voraussetzungen völlig unterschiedlich sind? Wie sollen die echten Bedürfnisse eines trockenen andalusischen Dorfs, einer verregneten schwedischen Insel und einer chemieverseuchten bulgarischen Stadt in einem Brüsseler Glaspalast rechtzeitig erkannt und sinnvoll für die Menschen vor Ort befriedigt werden, wenn nur

Die EU täte deshalb gut daran, föderaler zu werden und die Selbstbestimmung wieder in die betroffenen Regionen und Orte zu delegieren.

schon in Italien das Gefälle zwischen der Lombardei und Apulien unüberbrückbar erscheint? Dass dann über Teile dieses viel zu schnell gewachsenen Riesengebildes noch in aller Eile ein Euro gestülpt wurde, war so un-

überlegt, dass sich die Wohlstandsunterschiede seither eher noch vergrösserten. Die tatsächlichen Errungenschaften der europäischen Integration sind deshalb am meisten durch die selbstverliebte Brüsseler Bürokratie bedroht, weil sie Gleichmacherei mit Gleichheit verwechselt, welche seit der Französischen Revolution auf die Chancengleichheit aller Menschen abzielt. Die EU täte deshalb gut daran, föderaler zu werden und die Selbstbestimmung wieder in die betroffenen Regionen und Orte zu delegieren. Der Beamtenapparat sollte ausschwärmen und erst wieder in die Zentrale zurückkehren dürfen, wenn er die Menschen vor Ort versteht und sich diese verstanden fühlen. Das ist etwas ganz anderes, als eine Erklärungskampagne der EU-Grössen, an deren Brüderlichkeit niemand zweifelt, die aber nicht nur in Grossbritannien noch lange nicht unten angekommen und alltagstauglich geworden ist.

Thomas Feurer war von 2009 bis 2014 Stadtpräsident von Schaffhausen.

Die An- und Einsichten unserer Kolumnisten publizieren wir gerne, weisen aber darauf hin, dass sie nicht mit jenen der Redaktion übereinstimmen müssen.